

Antragssteller: SPD Hamburg-Nord

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD- Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Seniorenstationen gegründet werden, die alle Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren unter einem Dach bündeln und für dezentrale Beratungs- und Versorgungsangebote sorgen.

Begründung:

Das Ziel ist es, Seniorinnen und Senioren darin zu unterstützen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu wohnen. Dazu sollen Seniorenstationen eingerichtet werden, die dezentral unter einem Dach als Beratungsstellen mit Versorgungsangeboten in die Stadtteile wirken. Die Seniorenstationen sollen sowohl Seniorinnen und Senioren als auch deren Angehörigen unterstützen und beraten. Die bereits etablierten Jugendberufsagenturen sind ein Erfolgsmodell, viele Bundesländern kopieren dieses Konzept. Die ganze Stadt im Blick bedeutet auch, dass wir dieses Erfolgsmodell für Jugendliche auf Seniorinnen und Senioren übertragen.

- Beratung und Information zu sozialen Unterstützungszahlungen (z.B. Wohngeld, Grundsicherung im Alter)
- Unterstützung bei der Beantragung und Überprüfung der Pflegeleistungen und Pflegestufen
- Mehr-Generationswohnprojekte und -treffpunkte initiieren und vermitteln
- Aufsuchende Hilfen koordinieren
- Quartiersmanagement und Freiwilligenagenturen vermitteln
- Bundesfreiwilligendienstleistende für unterstützende Leistungen vermitteln
- Informationen und Anlaufstelle für das Konzept Hilfe für Wohnen, ggf. als Vertragsstelle fungieren.

Oft fehlt es an Informationen für staatliche Unterstützungsleistungen bei den Betroffenen. So beantragen laut SOVD weniger als 50% der Berechtigten Grundsicherung im Alter. Durch die Reform des Wohngelds hat sich der Kreis der Berechtigten deutlich erhöht. Auch hier gibt es erheblichen Beratungs- und Handlungsbedarf. Ähnliches gilt für Unterstützungszahlungen im Rahmen der Energiepauschalen.

In einigen Bundesländern gibt bereits es Beratungs- und Versorgungsstationen für Seniorinnen und Senioren.

Die SPD Schleswig-Holstein hat bereits 100 Stellen für ein ähnliches Programm beantragt. Sie orientiert sich dabei auch an Modellen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern für Seniorenstationen. Dabei wird auch an Gemeindeschwestern gedacht, um die Lücken in den Versorgungsstrukturen zu schließen. Diese sollen die Angebotslücke zwischen gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Unterstützung schließen, beispielsweise um Verbände zu wechseln, aber auch um gegen die Infolge des demografischen Wandels zu beobachtende Vereinsamung durch soziale Zuwendung einer Vereinsamung entgegenwirken.

Anders als in Dänemark werden Familien in Deutschland bei akut entstehendem Pflegebedarf allein gelassen. Angesichts der demografischen Entwicklung würden die

Seniorenstationen auch zur Entlastung bei Familien durch Information, Beratung und Betreuungsangeboten beitragen.

Die Kosten würden sich refinanzieren, weil sich mit präventiver Arbeit die Kosten im Gesamtsystem, beispielsweise für die Unterbringungskosten in Seniorenanlagen, sich verringerten.